



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

9

September 2022 / 56. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Krisenlöscher Polizei

Waldbrände, drohender Blackout, Pandemie

Seite 6 <

„Unsere hochvernetzte
Gesellschaft wird
anfälliger für Gefahren“

Seite 20 <

Fachteil:

- Quo vadis, Vermummungsverbot?
- Rechtsprechungsübersicht September 2022





Taser-Probelauf beenden? Das ist Realitätsverweigerung in der Berliner Politik

Der Probelauf mit den DEIG gehört erweitert und rechtlich verbessert

In Berlin soll nach der Vorstellung des Staatssekretärs für Inneres, Torsten Akmann, der Probelauf mit den Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) zum Jahresende 2022 beendet werden. Die Polizei Berlin ist aufgefordert, einen Abschlussbericht inklusive Evaluation vorzulegen.

„Eine solche Entscheidung halten wir für falsch“, sagt dazu der Landesvorsitzende der DPoIG Berlin, Bodo Pfalzgraf. Im Gegenteil: „Wir fordern, den Probelauf zu erweitern und

seine Rechtsgrundlagen zu verbessern.“

Denn die Elektroimpulsgeräte funktionieren und wirken weltweit deeskalierend und verletzungsarm. „Nur die Berli-

ner Politik betreibt Realitätsverweigerung, vermutlich aus ideologischen Gründen“, kommentiert Bodo Pfalzgraf. Der Probelauf sei wegen seiner mangelhaften Rechtsgrundlagen und der Gleichsetzung mit einer Schusswaffe „schon vorab zum Scheitern verurteilt“ gewesen, so Pfalzgraf weiter, „nun reichen einige verhinderte



© DPoIG

➤ So sieht er aus, der Taser, das DEIG.



➤ Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender DPoIG Berlin

Selbsttötungen den politisch Verantwortlichen nicht zur Fortsetzung“.

Die Gefahr: Der Verzicht auf die Taser (DEIG) zwingt Einsatzkräfte bei einer zudem rasant ansteigenden Zahl von Messerangriffen – nachzulesen in der aktuellen Kriminalitätsstatistik – alternativlos zum Schusswaffengebrauch. Bodo Pfalzgraf: „Berliner Politik ist eben auch unfassbar unverhältnismäßig!“

Inhalt

- 1 Tag der offenen Tür
- 2 Der Schlüsselfinder
- 3 Im Gespräch: Andreas Gawanka, HUK
- 4 Dauerbrenner Dienstkleidung
- 6 Ausflug zur Müritz-Saga
- 8 Veranstaltungen

Impressum:

Redaktion: Kay Biewald
 E-Mail: presse@dpolg-berlin.de
 V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf
 Landesgeschäftsstelle:
 Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin
 Besuchszeiten:
 Mo. bis Mi. 9–15 Uhr
 Do. 9–18 Uhr
 Fr. 9–13 Uhr
 Telefonsprechzeiten:
 Mo. bis Fr. 10–13 Uhr
 Tel. 030.3933073
 Fax 030.3935092
 Internet: www.dpolg.berlin
 E-Mail: post@dpolg-berlin.de
 ISSN: 0723-1814

Facebook: @polizei.berlin.5
 Twitter: @DPoIGBerlin
 Instagram: @dpolgberlin



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

Von Hund bis Heli – am 18. September in Spandau

Tag der offenen Tür

Am 18. September ist es endlich wieder möglich, das Polizeigelände in Spandau zu besuchen. Auch die DPoIG Berlin ist für euch vor Ort.

Während die Kolleginnen und Kollegen dir aus ihrem Arbeitsalltag berichten und Rüstzeug für polizeiliche Einsätze vorstellen, beantworten wir als Polizeigewerkschaft dir Fragen rund um unsere Arbeit für dich.

Wir bringen Superman und Superwoman mit, sodass du selbst in diese Rolle schlüpfen kannst – probiere es aus. Auf unserer blauen Couch bitten wir Gäste, Besucherinnen und Besucher, drei Fragen zu beantworten. Davon berichten wir dir live über unsere Social-Me-



➤ Rückblick: Vor vier Jahren faszinierte die Hubschrauberstaffel mit ihren Vorführungen.



dia-Kanäle. Solltest du also verhindert sein, schalte dein Handy ein und folge uns auf Twitter, Facebook und Instagram.

Tag der offenen Tür ab 10 Uhr, Charlottenburger Chaussee 67 in 13597 Berlin



Recht auf Rausch?

Grüne verharmlosen harte Drogen

„Recht auf Rausch“? In Berlin fordern Abgeordnete der Grünen und der Linken Straffreiheit unter anderem für den Besitz kleiner Mengen harter Drogen wie Kokain, Heroin oder Ecstasy. Die DPoIG Berlin erteilt dem Vorstoß eine Absage.

Der Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf sagt: „Wer das Recht auf Rausch mit harten Drogen fordert, der ist mitverantwortlich für die Zahl der Drogentoten und das Scheitern von Drogenprävention.“

Der innenpolitische Sprecher der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Vasili Franco,

hatte anlässlich der Hanfparade auf das „Absehen der Strafverfolgung bei geringen Mengen“ hingewiesen und exemplarisch Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen genannt, in denen, „wie durch das BTMG vorgesehen, die geringe Menge auf weitere Substanzen ausgeweitet wurde, zum Beispiel

Ecstasy-Pillen, MDMA, Amphetamine, Kokain“. Dies diene insbesondere dazu, „die Kriminalisierung und Stigmatisierung von drogenabhängigen Personen zu verringern“ oder auch Konsument*innen von weit geläufigen „Partydrogen“ nicht – wie derzeitige Praxis – „willkürlich zu kriminalisieren“. Das komplette Forderungspapier ist auf der Homepage der Berliner Grünen-Fraktion unter den Pressemitteilungen zu finden.

Dazu Bodo Pfalzgraf: „Schon der Begriff ‚Partydroge‘ verharmlost die Folgen für Konsumenten und blendet Beschaffungskriminalität und Rauschfolgen wie tödliche Verkehrsunfälle völlig aus.“

Den Vorschlag des Drug-Checking, also illegal erworbene Betäubungsmittel vor Partys oder dem Diskobesuch von staatlichen Stellen auf „Verunreinigungen“ prüfen zu lassen, um Gesundheitsrisiken zu verringern, kommentiert Pfalzgraf so: „Demnächst kontrolliert die Polizei bei Messerstechern wohl noch die Klingenschärfe, damit es nicht so weh tut.“

Die SPD, Koalitionspartner der Grünen und Linken im Berliner Abgeordnetenhaus, lehnt den Vorschlag ab, „kategorisch“, wie Innensenatorin Iris Spranger sagte. Für den innenpolitischen Sprecher Tom Schreiber ist „relativ klar, dass wir einer Freigabe von harten Drogen eine klare Absage erteilen“.

© Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes



DPoIG-Schlüsselanhänger: So kommt dein verlorener Schlüssel zu uns zurück

Lost & Found

Glücklicherweise schicken uns aufmerksame Personen und die Post regelmäßig aufgefundene Schlüssel beziehungsweise Schlüsselbünde an unsere Landesgeschäftsstelle (LGS) zu.

Grund für die Zustellungen ist immer, dass am Bund entweder der DPoIG-Schlüsselfinder – ein Metallanhänger in Form eines Einkaufswagenlösers – mit unserer Anschrift in Berlin-Moabit oder der DPoIG-Schlüsselanhänger mit der Bezeichnung „POLIZISTIN“/„POLIZIST“ befestigt war.

Im Moment liegen noch drei Fundschlüssel in unserer LGS. Schaut doch mal aufs Foto, ob IHR EUREN Schlüssel wiedererkennt oder fragt gern in EUREM Kollegenkreis nach. Schön wäre es, wenn die Besitzer(in-



© DPoIG Berlin/Kay Biewald

Erkennt jemand seinen Schlüssel wieder? Mal mit dem Einkaufswagenlöser, mal mit der „POLIZISTIN“ als Anhänger.

nen) ihren verlorenen Schlüssel wiederbekämen. Sie können dazu mit vorheriger Anmeldung während der Öffnungszeiten in unserer LGS vorbeikommen.

Euer Landesredakteur
Kay Biewald

> Erst klären, dann schlussfolgern

Was wird aus dem Sprengplatz Grunewald?

Am 4. August ist auf dem Sprengplatz im Grunewald ein Großbrand ausgebrochen, der zum gefährlichsten Löscheinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg wurde: Tagelang war das Feuer nicht zu löschen. Die Avus, der Fuß- und Radweg Kronprinzessinnenweg sowie die AS Hüttenweg blieben gesperrt. Schon vor den Aufräumarbeiten mit kontrollierten Sprengungen entbrannte die Diskussion um die Sicherheit am bisherigen Standort und Alternativen.

Die DPoIG Berlin empfiehlt Ruhe und Sachverstand bei einer Nachfolgelösung für den Sprengplatz Grunewald. „Bevor die Unglücksursache nicht geklärt ist, sollten keine voreiligen Schlüsse gezogen werden“, sagt der Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf.

Auch der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im AGH Berlin, Björn Jotzo, warnt vor übereilten Diskussionen über den Standort des Sprengplatzes und fordert eine „genaue Ursachenanalyse und die Bestandsaufnahme von Alternativen“. Björn Jotzo auf Twitter: „Es gibt gute Gründe gegen, aber auch für einen Sprengplatz in Berlin.“



Im Gespräch: Andreas Gawanka ist Vertrauensmann der HUK-Coburg Vorbereiten und vorsorgen

Wer berät dich von unseren Kooperationspartnern der HUK-Coburg? Unser Vertrauensmann der HUK-Coburg aus dem ehemaligen Polizeidienst, Andreas Gawanka, stellt sich im Porträt vor.



> Andreas Gawanka

Wie heißt Du? Andreas Gawanka.

Wie alt bist Du? 61 Jahre.

Wo bist Du geboren? In Berlin.

Welchen Dienstgrad hattest Du? Ich war Polizeihauptkommissar.

Wie verlief Dein Werdegang bei der Polizei? Meine Ausbildung habe ich bei einer geschlossenen Einheit (TEB) gemacht, von 1994 bis 1997 an der FHVR studiert, war anschließend von 1997 bis 2006 Zugführer einer EHu und ab 2006 Leiter einer OE im ZOS. Ich bin seit 1. Dezember 2021 in Pension.

Welche nebenberufliche Ausbildung hast Du absolviert? Ich bin Versicherungsfachmann bei der HUK-Coburg und leite das Büro in Steglitz an der Malkestraße 7.

Was bietest Du speziell für Polizeibeschäftigte an? Neben Kfz-, Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung auch eine private Krankenversicherung und eine Dienstunfähigkeitsabsicherung. Die ist wichtig, denn wenn keine Bezüge mehr in voller Höhe da sind, aber der Lebensunterhalt erhalten werden soll, treten finanzielle Probleme auf, gegen die man sich absichern sollte. Ebenso sollte man finanziell für das Alter vorsorgen, auch für den „Nachwuchs“

im Haus. Je früher, desto besser. Und es ist effektiver. Dazu kommt das Bausparen, denn Eigentümerwerb lohnt sich immer und sollte gut geplant sein.

Wie findest Du Erholung? Stichwort Urlaub: Wo willst Du unbedingt mal hin? Ich unternehme kleine Wochenendtrips, meist an die Ostsee. Dieses Jahr fahren wir an den Gardasee. Und ich verbringe viel Zeit mit meiner Familie im Häuschen.

Was steht auf Deiner privaten To-do-Liste ganz oben? Sehr wichtig für mich ist, dass meine Tochter im nächsten Jahr ein tolles Abitur macht und sie ihren Traumberuf finden möge; sie sucht noch.

Wie beginnt Dein Tag – wie endet er? Mit meiner Frau und einem gemeinsamen Kännchen. Meine Tochter kommt später runter. Sie hat immer „keine Zeit“. Der Tag endet mit einem „Gute-Nacht-Kuss“ für meine Frau.

Hast Du einen Tick? Ja, ich versuche Dinge möglichst gut vorzubereiten. Ich hasse Ungerechtigkeit, liebe Ordnung und bin hilfsbereit jedem gegenüber. ■

Mehr Infos unter:



Kalte Dusche – Senat beschließt Einschränkungen für den Landesdienst Das Energiesparpaket

Der Berliner Senat hat am 16. August 2022 ein Energiesparpaket für den öffentlichen Dienst beschlossen, mit dem der Energieverbrauch der öffentlichen Hand in der Hauptstadt um mindestens zehn Prozent reduziert werden soll.

dbb Landeschef Frank Becker fordert, Personalräte und gewerkschaftliche Spitzenorganisationen zur Umsetzung einzubeziehen, um Maßnahmen wie das Abschalten der Warmwasserversorgung „mit Augenmaß“ zu praktizieren. Seine Beispiele: warmes Duschwasser für Mitarbeitende der

Stadtreinigung, Feuerwehr oder die Fahrradstaffel der Polizei.

Die Maßnahmen, die die gesamte Landesverwaltung, nachgeordnete Behörden, öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Gerichte, Justizvollzugsanstalten bis hin zu landeseigenen Kulturstätten und Betrieben betreffen, werden vom dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) grundsätzlich unterstützt, um im Winter Energieengpässe zu vermeiden. Die DPoIG ist die größte Mitgliedsgewerkschaft im dbb berlin. ■

> Infos und Betreuung an der Polizeiakademie

Auszubildende im Zentralen Objektschutz (ZOS)

An der Polizeiakademie finden immer wieder Betreuungseinsätze für die in Ausbildung befindlichen ZOS Kolleginnen und Kollegen der Polizei Berlin statt. Unsere ehrenamtlichen DPoIGler sind für euch vor Ort. Wenn ihr Fragen habt, könnt ihr euch zwischenzeitlich per E-Mail an uns wenden. Carsten Neye ist stellvertretender Kreisverbandsvorsitzender der Direktion ZeSo Gef 1 und ist zu erreichen unter der E-Mail-Adresse: carsten.neye@dpolg-berlin.de. Unseren Landestarifbeauftragten Andreas Dittrich erreicht ihr unter der E-Mail-Adresse: andreas.dittrich@dpolg-berlin.de.



> Für euch vor Ort: der Landestarifbeauftragte Andreas Dittrich, Alexander Strauch und der stellvertretende Kreisverbandsvorsitzende Dir ZeSo, Carsten Neye (von links)



Langer Weg für die kurze Hose

Blank ziehen bis zum Knie, aufwärts

Auf dem DPoIG-Landeskongress im September 2021 haben die Delegierten einen Vorschlag aus dem Kreisverband Dir 2 (West) unterstützt und beschlossen. Es handelte sich um einen Antrag, gerichtet an den Personalrat der Direktion 2. „Wir schlagen vor, dass die Direktion 2 sich für ein Pilotprojekt zur Verfügung stellt“, erklärt der KV-Vorsitzende Sascha Lebrun.

In diesem Projekt ist weniger mehr: Sascha Lebrun hat die Einführung „von kurzen Hosen für die Sommermonate“ im Sinn. Denn, so steht es im Antrag, „die aktuelle Dienstbekleidung ist größtenteils nicht für die Bedürfnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Basisaußendienst ausgelegt

beziehungsweise den Klimaänderungen angepasst“.

In den heißen Sommermonaten würden kurze Hosen eine Erleichterung bringen, besonders denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die während ihres Dienstes eine Schutzweste tragen müssen: Kühlung von unten. In Zeiten des Klimawandels, mit immer längeren heißen Temperaturphasen und jährlich erzielten Temperaturrekorden, wäre die Einführung einer kurzen Hose als Teil der Dienstbekleidung nur folgerichtig.

Es wäre nicht mal eine Premiere, denn in Berlin trägt die Polizei schon kurz: aktuell die Mitarbeitenden mit Dienstfahrrädern.



© DPoIG Berlin

> So könnte sie aussehen: die kurze Diensthose.

„Für die Einführung einer kurzen Hose im allgemeinen Basisdienst könnte eine knielange Version der aktuellen Funktionshose dienen“, so Lebrun weiter. Er weist daraufhin, dass „das Tragen von kurzen Hosen als Teil der Dienstbekleidung in



© Lars Frosina

> Sascha Lebrun plädiert für kurze Hosen. Er ist Vorsitzender im Kreisverband Dir 2 (West).

anderen Staaten bereits gelebte Realität“ sei. Bedenken hinsichtlich eines Verletzungsrisikos müssten Lebrun zufolge ausgeräumt sein, seitdem die Fahrradstaffel und -streifen kurze Hosen trage.

Torsten Riekötter, stellvertretender DPoIG-Landesvorsitzender und Vorsitzender im KV Dir 4 (Süd) hält die kurze Hose dagegen „arbeitschutzrechtlich nach wie vor für bedenklich“.

Lebrun empfiehlt, dass die Trageverpflichtung freiwillig sein solle, um die Akzeptanz zu steigern. Denn manche scheuen die Präsentation nackter Unterschenkel. ■

Neue Speicheltests für die Polizei Berlin Zur Mitwirkungspflicht

Die Polizei Berlin schafft neue Speicheltests an. „Wir begrüßen das, fordern aber weiterhin bessere Urintests und die Pflicht, bei Verkehrskontrollen mitzuwirken“, sagt DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf.

Die Mitwirkungspflicht ist eine der verkehrssicherheitspolitischen Positionen der DPoIG Bundesorganisation: Fahrzeugführende sollen bei Verkehrskontrollen mitwirken müssen.

Damit könnte, so wie es in anderen europäischen Ländern möglich ist, die Verweigerung der Mitwirkung wie die begangene Tat (Fahren unter Drogen- oder Alkoholeinfluss) geahndet werden.

Marco Schäler von der DPoIG-Verkehrskommission nennt Österreich als Beispiel und verweist auf die einschlägigen Bestimmungen zur „Verwaltungsübertretung“ (§ 99 und § 5) in der österreichischen Straßenverkehrsordnung (StVO).

Wer in Österreich zu einer Untersuchung der Atemluft aufgefordert wird, hat sich dieser zu unterziehen (§ 5 StVO).

Der Ablauf ist, sehr einfach ausgedrückt, Folgender: Wer betrunken oder in einem durch „Suchtgift beeinträchtigten Zustand“ ein Fahrzeug lenkt oder in Betrieb nimmt, angehalten wird, sich weigert, seine



© DPoIG Berlin

Doch die Übertragung auf Deutschland sei schwierig, räumt DPoIG-Verkehrsexperte Marco Schäler ein. „Denn gemäß unseres Rechtsverständnisses kann niemand gezwungen werden, freiwillig an seiner eigenen Überführung mitzuwirken zu müssen.“

Atemluft auf Alkoholgehalt untersuchen oder sich vorführen und Blut abnehmen zu lassen, begeht eine Verwaltungsübertretung.

Das Strafmaß dafür beträgt als Geldstrafe zwischen 1 600 Euro und 5 900 Euro beziehungsweise für diejenigen, die die Summe nicht aufbringen, eine Freiheitsstrafe von zwei bis sechs Wochen.

Stattdessen gibt es die Überlegung, sich auf, falls es sie gibt, Mitfahrende zu konzentrieren. „Diese würden nicht sich selbst belasten, wenn man sie verpflichten würde, über Fahrzeugführende Auskunft bezüglich ihres Alkohol- oder Rauschgiftmittelkonsums Auskunft zu geben.“ ■



Nach der Sommerpause fehlt immer noch das Konzept Kotti-Wache: eine teure Toilette?

Frank Neumann ist Personalrat, DPoIG-Kreisverbandsvorsitzender der Direktion 5 (Mitte) und wartet immer noch auf ein Konzept für die Kotti-Wache. Auf Anfrage des CDU-Abgeordneten Frank Balzer („**Polizeiwache am Kottbusser Tor**“, **Drucksache 19/12708**) hatte die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport in der Sommerpause nach Neumanns Meinung nur „Wischi-Waschi“ geantwortet.

„Für die Kotti-Wache ist demnach ein 24-Stunden-Dienst an sieben Tagen der Woche vorgesehen“, sagt Frank Neumann, „aber was die künftigen Kräfte in der Wache wie erreichen sollen, bleibt unbeantwortet.“ Könnten sich politisch Verantwortliche an diesem Projekt verheben?

In der Antwort von Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek vom 8. August ist nicht von operativen Einsätzen zur Erhöhung der Sicherheit vor Ort die Rede, sondern nur von flankierenden Maßnahmen für die verschiedenen, temporär bereits vor Ort eingesetzten Dienstbereiche wie Einsatzhundertschaften.

„Die Kotti-Wache, so klingt es, wird im Grunde eine bessere Auskunftsstelle für den Bürger und Anlaufpunkt für Kolleginnen und Kollegen, die ‚mal müssen‘“, kommentiert der Gewerkschafter Neumann. Wer den Zustand vieler Dienstgebäude kennt, weiß, dass dahinter kein Zynismus steckt. Jede neue, funktionierende Toilette ist dringend nötig.

Teuer wäre sie: Die erste Grobkostenschätzung seitens der BIM GmbH prognostiziert für

diese Wache „Gesamtkosten in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro“.

Außerdem nennt Dr. Kleindiek auf Frank Balzers Anfrage vage die Möglichkeit „repressiver Folgemaßnahmen“. „Das könnte bedeuten“, so Frank Neumanns Überlegung, „dass Räume vorhanden sein sollen, um Tatverdächtige, Zeugen oder Opfer in ruhigem Umfeld befragen zu können.“

Neumann macht auf den Unterschied zur Alex-Wache aufmerksam, die eher als Drehkreuz in touristischem Umfeld fungiert und vornehmlich mit Diebstählen und Auskunftsersuchen zu tun hat.

Die Kundschaft am Kotti ist eine völlig andere. Dort kommt es monatlich zu 30 bis 50 Gewalttaten – vor allem Körper-



Frank Neumann ist Kreisverbandsvorsitzender der Direktion 5 (Mitte)

verletzung, Bedrohung, Raubüberfall –, zu monatlich 40 bis 100 Diebstählen und Taschendiebstählen sowie zu 40 bis 90 Drogendelikten.

„An so einem Brennpunkt reichen Geld und Räume nicht“, sagt Frank Neumann. „Die konzeptionelle Frage ist: Was möchte ich mit der Kotti-Wache erreichen, wie viel Personal kommt und wie ist es ausgestattet?“

Wichtig für eine erfolgreiche Arbeit wäre zudem, wenn sich der Bezirk endlich aus der Deckung wagen würde und eigenen Vorstellungen zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der Polizei kundtäte. ■

Fahrraddiebstahl

Dass die Zahl der Fahrraddiebstähle steigt, warum die Fälle schwer zu ermitteln sind und wie die Regierungskoalition darauf reagieren will, darüber hat sich DPoIG-Landeschef Bodo Pfalzgraf mit dem Team von RTL NEWS unterhalten.

Es geht um die Aussage, dass Berlin Fahrraddiebstahl wie Organisierte Kriminalität behandeln will. Im ersten Halbjahr 2022 wurden schon 30 Prozent mehr wertvolle Räder gestohlen als im Vorjahr.

„Fahrraddiebstahl ist ein zunehmendes Problem, aber wir müssen im Kern genau hinschauen, wofür wir wie viel Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaft einsetzen“, so Bodo Pfalzgraf. ■



Bodo Pfalzgraf im Gespräch mit einer Reporterin von RTL Aktuell

Und weiter: „Wenn wir uns zwischen Messerstechern und Fahrraddieben entscheiden müssen, steht das Leben an erster Stelle. Fahrräder müssen auch durch ihre Besitzer technisch bestmöglich geschützt werden.“ ■

> Problem Parkgebührenpflicht für Schichtdienstleistende

Nach der Sommerpause erinnern wir an die Absichtserklärung der Senatorinnen Iris Spranger (SPD) und Bettina Jarasch (Grüne) im Mai dieses Jahres. Es geht um die Ausnahmeregelung für Schichtdienstleistende in den Parkraumbewirtschaftungszonen.

Wir haben bei den für die Umsetzung einer solchen Absichtserklärung zuständigen Stadträten in den betroffenen Bezirken nachgefragt. Ihre Antworten ernüchtern. Es ist zwar unter der Federführung der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz angedacht, den Leitfaden zu Bewohnerparkausweisen und Ausnahmegenehmigungen im Rahmen der Parkraumbewirtschaftung zu ändern. Inwiefern jedoch diese Änderungen die Schichtdienstleistenden unserer Stadt begünstigen, steht ganz fern in den Sternen. Immer noch entscheiden die Bezirksämter nach der Richtlinie, die nach wie vor extreme Hürden für die einzelnen Kolleginnen und Kollegen vorsieht, um überhaupt eine Ausnahmegenehmigung zu bekommen, geschweige denn eine gebührenfreie. Zudem steht die Gebührenpflicht bei Positiv- oder Negativbescheid laut Gebührenordnung in Höhe von 16 Euro an, wegen des Verwaltungsaufwands durch die Bearbeitung des Antrags.

Das können wir nicht so stehen lassen und haben die federführende Senatorin Bettina Jarasch aufgefordert, den aktuellen Sachstand zu benennen und Klarheit zu schaffen. Selbstverständlich werden wir Euch weiter umgehend berichten.

Eure Astrid Just, Vizelandesvorsitzende



Änderung des Gesetzes zur Landesbeamtenversorgung in Kraft getreten Hinzuverdienstgrenze auf 525 Euro erhöht

Am 26. Juni 2022 ist das Zweite Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz werden unter anderem die Hinzuverdienstgrenzen angehoben.

„Wir begrüßen diese gesetzliche Änderung ausdrücklich, da diese Erhöhung der Hinzuverdienstmöglichkeiten allen Ru-

hegehaltsempfängerinnen und -empfängern zugute kommt, die wegen Erreichen der Regelaltersrente oder ei-

ner besonderen Altersgrenze in den Ruhestand versetzt worden sind und die Voraussetzungen für eine vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes nach § 14 a Landesbeamtenversorgungsgesetzes erfüllen“, bewertet dbb Landeschef Frank Becker diese Änderung.

Die Senatsverwaltung für Finanzen hat mit dem Rundschreiben IV Nr. 30/2022 Hinweise zu dieser gesetzlichen Änderung bekannt gegeben.

Mit dem nebenstehenden QR-Code kommst du zu den Detailinformationen.



Ü-55-Generation erneut auf Kulturtrip in Waren an der Müritz Zurück zum Spektakel – Teil 15

Das diesjährige Angebot, an einem Sonntag (14. August) das Kulturerlebnis „Müritzsaga“ auf der Freilichtbühne in Waren/Müritz genießen zu können, nahmen neun Interessierte an. Zwei von uns reisten individuell an, da sie sich in und um Waren auf „Radeltour“ befanden. Hinzu kam ein kleines braves Hündchen mit dem Namen Luigi.

Die Anreise war schwierig. Nach Passieren der Stadtgrenze auf der „A 111“ kamen wir nicht weit. Wegen Vollsperrung der Autobahn (A 10) standen wir über 90 Minuten im Stau und mussten bei Oberkrämer auf eine Umleitungsstrecke ausweichen. Nach zweieinhalb Stunden machten wir auf einem der ersten Parkplätze der A 24 eine kurze Rast. Etwas Bewegung tat uns gut. Angkommen in Waren blieb uns eine knappe Stunde Zeit, im Stadthafen eine Mahlzeit einzunehmen.

Unsere Absicht, durch die Altstadt zu flanieren oder mit der „Tschu-Tschu-Bahn“ eine Stadtrundfahrt zu machen, konnten wir also vergessen. Sonne und Wolken im Wechsel beschernten uns immerhin eine warme und regenfreie Zeit.

Gegen 16.15 Uhr erreichten wir die am Mühlenberg liegende Freilichtbühne, wo uns die „Chefin“ Nicole Düwell herzlich willkommen hieß.

In der 15. Folge „Des Teufels Schergen“ wurden wir wieder in die Zeit des 30-jährigen Krieges (1618 bis 1648) versetzt. Zum Inhalt: Auch hier an der



© DPolG Berlin/Holger Schulz (3)



> Kulturausflug nach Waren: die Ü-55er endlich vor Ort, trotz Hitze

> Blick auf die Bühne. Nach Zwangspause wegen der Coronapandemie konnten die Ü-55er der DPolG Berlin dieses Jahr die Fortsetzung der Müritz-Saga live mitverfolgen.

Müritz hat der Krieg nach der Schlacht bei Wittstock seine Spuren hinterlassen. Die Mauern der Residenzstadt bieten kaum noch Schutz vor marodierenden Söldnern und die Bevölkerung leidet Hunger.

In seiner Verzweiflung schickt der Landmarschall nach Truppen zum Schutz, nicht ahnend, dass dabei die Kleinstadt und ihre Bewohner vom Regen in die Traufe geraten. So liegt nun

alle Hoffnung auf dem maskierten Rächer. Doch gegen „des Teufels Schergen“ scheint kein Kraut gewachsen. Wird er diesmal an seiner Aufgabe scheitern?

Es boten die Laiendarsteller eine aktionsreiche Vorstellung, sie spielten zu Fuß oder zu Pferde ihre Rollen. Es ging temporär heiß her, mithilfe der Musketiere und durch den mutigen Rächer mit der Maske

(eigentlich ein Freiherr) konnten die Söldner aus der Stadt verjagt werden.

Als Resümee stellen wir auch in diesem Jahr fest, dass unser Besuch der Freilichtbühne ein tolles Erlebnis war und alle „Ausflügler“ rundum zufrieden waren.

*Euer
Holger Schulz,
Beisitzer Senioren*



Hospitation im LKA 11 (5. Teil) Inside Moko

Polizeihauptkommissar Andreas Veith hat im Spätsommer 2021 bei der Mordkommission einige Wochen hospitiert. Hier sein Erfahrungsbericht.

Nach Fällen des polizeilichen Schusswaffengebrauchs mit getöteten oder verletzten Personen ist die Mordkommission zuständig. Bedingt durch deren Organisationsstruktur und die Erfahrung der Ermittler können die notwendigen Untersuchungen effizient geführt werden. Sie tragen im Ergebnis, so belegt es die Statistik, regelmäßig zur Entlastung des schießenden Beamten bei.

Fall 2 – die tote Frau im Hausflur

Chris ist es, der mich am Samstagmorgen kurz nach 8 Uhr anruft. Für gewöhnlich schlafe ich an einem Samstag um diese Zeit noch. Möglicherweise ist

es der Aufregung der vergangenen fünf Tage geschuldet, dass ich schon wach bin. Vielleicht hat mich aber auch die innere Gewissheit, alarmiert zu werden, früh aus dem Bett getrieben. Denn bis auf den Fall mit dem verstorbenen Demonstranten ist die bisherige Bereitschaft der 6. Mordkommission erstaunlich ruhig verlaufen. Erfahrungsgemäß kann dies aber auch die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm sein, weshalb Chris am Freitag in der Mittagspause im Falle einer Alarmierung am Wochenende flunkernd eine Runde Fugger Imbiss auf seine Kosten verspricht. Auch wenn der gemeinsame Verzehr von Spezialitäten aus dem Fugger Imbiss

bei der 6. fast schon einem Ritual gleicht, hätten alle Kollegen liebend gerne auf die Gabe von Chris verzichtet. Denn eins ist klar. Hinter jeder Alarmierung der Mordkommission verbirgt sich eine leidvolle menschliche Tragödie.

Der Ironie des Schicksals folgend erfahre ich schließlich von Chris, dass die 6. nicht einen, sondern gleich zwei Fälle übernommen hat. Weil sich aber eine Mordkommission bei einer Mindeststärke von sieben Ermittlern nicht teilen kann, muss der zweite Fall, ein versuchtes Tötungsdelikt mit Clanbezug, zunächst in der Bearbeitung des Kriminaldauerdienstes der Direktion 4 verbleiben. Jener Fall soll die 6. ab dem nächsten Tag in Anspruch

nehmen und mir die Möglichkeit geben, mich voll in die Ermittlungen einzubringen.

Aber zunächst fordert der andere Fall, ein vollendetes Tötungsdelikt, die ganze Aufmerksamkeit der 6.

Direkt von zu Hause kommend bin ich nicht der Letzte der 6., der am Tatort eintrifft. Zahlreiche vor dem riesigen Wohnblock stehenden Polizeikräfte ziehen die neugierigen Blicke der Anwohnenden auf sich.

> Fortsetzung im nächsten POLIZEISPIEGEL. Begonnen hat die Serie im POLIZEISPIEGEL 4/2022. Alle Ausgaben auf unserer Homepage: www.dpolg.berlin



> Bedeutende Leiter der Mordkommission: Ernst Gennat und Karl Schwichtenberg



> Andreas Veith ist Vizevorsitzender KV Dir 5 (City).

Vorsicht vor Rückforderung von Versorgungsbezügen Überzahlung und die Folgen

Verehrte Ruheständler der DPoIG Berlin,

man kann auch nach Eintritt in den Ruhestand leidvolle Erfahrungen als Versorgungsberechtigte(r) machen, wenn man nicht aufpasst. Deshalb möchte ich dieses Thema kurz beleuchten: die Überzahlung, also wenn das Landesverwaltungsamt Berlin (LVWA) mehr Geld überweist, als einem zusteht. In der Vergangenheit geschah das meist im Dezember, dass im Einzelfall eine höhere Sonderzahlung (gemäß Besoldungsgruppe A 9) an ehemalige Polizeibedienstete erfolgte,

die nach Besoldungsgruppe A 10 ihren Ruhestand antraten. **AUGEN AUF:** Prüft den Versorgungsnachweis genau und setzt Euch im Zweifel mit den Sachbearbeitern im LVWA in Verbindung.

Überzahlung droht auch, wenn Versorgungsberechtigte nebenbei noch eine Rente erhalten.

Hintergrund: § 55 BeamtVG Berlin regelt das Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten und ähnlichen Versorgungsleistungen. Die Ruhensberechnung wird in der Weise vorgenom-

men, dass die Versorgungsbezüge um den Betrag gekürzt werden, um den sie zuzüglich der anrechenbaren Rente die Höchstgrenze gemäß § 55 Abs. 2 BeamtVG Berlin (also 71,75 Prozent) übersteigen.

Hinweis: Gemäß § 62 BeamtVG Berlin besteht die Verpflichtung, Änderungen in den persönlichen und sonstigen Verhältnissen, die für die Festsetzung, Regelung und Zahlung der Bezüge maßgebend sind, sofort und unaufgefordert dem LVWA Berlin unter Beifügung entsprechender Belege anzuzeigen.

Meine Bitte:

Versäumt nicht, jede Rentenerhöhung dem LVWA Berlin zu melden. Ein mehrjähriges Versäumnis könnte zu einer gepfefferten Nachzahlung führen.

Getreu dem Motto „Vorbeugen ist besser als nach hinten zu fallen“ (smile) hoffe ich, den Angehörigen der „reiferen Generation“ die Augen geöffnet zu haben.

*Euer Holger Schulz,
Beisitzer Senioren im LHV
der DPoIG Berlin*



Herbstkonzert am 24. September Polizeichor Berlin und Sonari Chor treten auf

Der Polizeichor Berlin e.V. führt sein Herbstkonzert am Samstag, dem 24. September 2022, ab 16 Uhr im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt auf. Gemeinsam mit dem Sonari Chor Berlin wird ein großer Chor ein abwechslungsreiches musikalisches Programm für jeden Geschmack vortragen.

Die Eintrittskarten können für 10 Euro pro Person unter info@polizeichor-berlin.de bestellt werden. Die Sängerinnen und Sänger freuen sich über viele Besucherinnen und Besucher.

Mit herzlichen Grüßen,
*Matthias Kaika, Vorsitzender
Polizeichor Berlin e. V.*



© Privat

> Herzliche Grüße schickte unser frisch ins Amt gewählte Landestarifbeauftragter Andreas Dittrich von der Bundestarifkommission aus Fulda. Dort tauschte er sich im Juli mit den Landestarifbeauftragten anderer Landesverbände der DPoIG aus. Die Sitzung findet jährlich statt.

> Termine

14. September 2022, Mitgliederversammlung KV Dir 2 West

Der Kreisverband Dir 2 lädt zur Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 14. September 2022, um 18 Uhr ein. Tagungsort: Millefiori Eiscafe & Trattoria, Breite Str. 35 in 13597 Berlin.

Themen: Lage Personalrat aktuell, Bevorstehende Personalratswahl und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

21. September 2022, Erweiterte Kreisvorstandssitzung KV Dir 1 Nord

Der Kreisverband Dir 1 Nord lädt am 21. September zur erweiterten Kreisvorstandssitzung ein. Tagungsort, -zeit und TOPs werden noch bekannt gegeben.

24. September 2022, Mitgliederversammlung KV Dir 1 Nord

Der Kreisverband Dir 1 Nord lädt am 24. September zur Mitgliederversammlung ein. Tagungsort, -zeit und TOPs werden noch bekannt gegeben.

Notfallnummer der DPoIG Berlin



Gilt nur außerhalb
der Geschäftszeiten.

0177.3008710



© aratian/Fotolia

Suchtprobleme? Alkoholprobleme?

Dann Kreuzbund Berlin!

- > Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- > Gruppen in Berlin und bundesweit!
- > Eine ist auch in deiner Nähe!



KREZBUND

Gemeinsam Sucht überwinden

Kreuzbund Diözesanverband Berlin e. V.

Tübinger Straße 5, 10715 Berlin

E-Mail: info@kreuzbund-berlin.de, Tel.: 030.85784380

www.kreuzbund-berlin.de

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Der Redaktionsschluss für
die November-Ausgabe ist
der 8. Oktober 2022.**

Veröffentlichungen wie Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche oder Kritik bitte an folgende Adresse senden:

> Landesredakteur DPoIG Berlin

Kay Biewald, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin,
oder E-Mail: presse@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPoIG dar.



Rechtsschutzberatung

Die Rechtsschutzberatung der DPoIG Berlin für unsere Mitglieder findet nach Vereinbarung und vorheriger telefonischer Rücksprache statt.

**Termine können unter
030.3933073-74
vereinbart werden.**

Beratung und Gewährung von Rechtsschutz nur nach der Rechtsschutzordnung des dbb.

